
Vorstoss-Nr: 165-2012
Vorstossart: **Interpellation**
Eingereicht am: 03.09.2012
Eingereicht von: Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 8
Dringlichkeit: Nein 06.09.2012
Datum Beantwortung: 16.01.2013
RRB-Nr: 46/2013
Direktion: ERZ

Individueller Fächerkanon (IFÄ): eine bildungspolitische und pädagogische Katastrophe

Nach Ansicht einiger Exponenten des Lehrgewerkschaftsverbandes LEBE sollen Schulkinder wählen können, in welchen Fächern sie sich ein Wissen aneignen und wie viel Zeit sie dazu aufwenden wollen. Sie stellen damit unsere weltweit bewunderte, breit gefächerte Allgemeinbildung in Frage. Die Begründungen für diese Forderung sehen sie darin, dass jedes Kind sein eigenes Lerntempo und seine eigenen Interessen habe. Und deshalb solle es auch selbst entscheiden, was, wann, wo und wie viel es lernen will. Damit wird die Lehrperson zur Lernbegleiterin und Materialbereitstellerin degradiert, was dem Lehrerberuf noch vermehrt die Attraktivität nehmen und zu Problemen in der Rekrutierung von genügend geeigneten PH-Absolventinnen und -Absolventen führen wird.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat, auf meine grossen Bedenken zu den LEBE-Forderungen die folgenden Fragen zu beantworten.

Besteht bei diesem IFÄ-Projekt nicht die grosse Gefahr,

1. dass die Kinder dadurch den Gemeinschaftssinn und wichtige Werte, die bis anhin im Klassenunterricht vermittelt werden konnten, verlieren werden?
2. dass die nur auf individuellen Schulunterricht ausgerichtete Schule grosse Unruhe auslöst und dies vor allem leistungsschwachen Kindern Mühe bereitet?
3. dass der fehlende Ansporn der Kinder, dem Klassenunterricht zu folgen, die Leistungen der Kinder nach unten nivellieren wird?
4. dass dadurch Proben, die das Wissen der Kinder testen und Anreize zum Lernen geben, wodurch die Leistungen der Kinder gesteigert werden können, nicht mehr möglich sind?
5. dass ein Kind in der obligatorischen Schulzeit mit der Wahl eines für seine Zukunft wichtigen Fächerkanons überfordert ist?
6. dass die Schule keinen Beitrag mehr leisten kann, um unser politisches System, unsere Demokratie aufrechtzuerhalten, weil die Kinder auf diese Weise vorgegebene Inhalte und vorgegebenes Wissen nicht mehr zusammen erarbeiten müssen?
7. Was unternimmt die Erziehungsdirektion, um diese bildungspolitische und pädagogische Katastrophe abzuwenden?



Antwort des Regierungsrates

Die Interpellantin bezieht sich auf ein Projekt IFÄ, das der Personalverband Lehrerinnen und Lehrer Bern (LEBE) im Mai 2012 in seiner Zeitschrift *Berner Schule* präsentiert hat. IFÄ steht für den „individuellen Fächerkanon“, wie es im entsprechenden Beitrag dazu heisst. Er soll den Lehrplan der bernischen Volksschule und damit die Allgemeinbildung aller Schülerinnen und Schüler restlos ersetzen. Der Regierungsrat wird im Interpellationsschreiben aufgefordert, auf die grossen Bedenken der Interpellantin einzugehen.

Die vorliegende Interpellation stellt einen Sonderfall dar, da ihr Gegenstand - das Projekt IFÄ – gar nicht existiert. Die Autoren des Beitrags haben damit auf satirische Weise eine Diskussion anstossen wollen, die ihrer Meinung nach dringend geführt werden muss. Insbesondere die Frage, welche Fächer künftig mehr oder weniger Priorität hätten, sei von zentraler Bedeutung und werde auch gegenwärtig bei der Diskussion um den neuen Lehrplan 21 thematisiert.

Der Regierungsrat geht aus diesem Grunde nicht näher auf die einzelnen Fragen der Interpellantin ein. Es ist ihm aber ein Anliegen, in diesem Zusammenhang folgende Aspekte zu betonen:

Der Lehrplan (95 und 21)

- formuliert den gesellschaftlichen Auftrag an die Schule,
- ist ein staatlich verordneter und legitimierter Erlass,
- strukturiert den Fächerkanon und legt verbindlich die generellen Ziele und Kompetenzen fest, die von den Schülerinnen und Schülern im Unterricht zu erreichen sind,
- sichert auf diese Weise die Kontinuität des Lehrens und des Lernens.

Deshalb ist es für den Regierungsrat völlig undenkbar, dass ein „individueller Fächerkanon“ jemals einen staatlich legitimierten Lehrplan ersetzen könnte. Der Regierungsrat setzt sich vielmehr für optimale Rahmenbedingungen ein, damit die Schulen ihren gesellschaftlichen Auftrag erfüllen und den Kindern und Jugendlichen eine umfassende Allgemeinbildung zu Teil werden lassen kann.

An den Grossen Rat